DER REGIONALRAT
DES REGIERUNGSBEZIRKS DÜSSELDORF

Sitzung Nr.:	**StA**	**VA**	**PA**	**RR 29**
Datum				**06.12.2007**
N I E D E R S C H R I F T				

Ort der Sitzung: Plenarsaal (Bezirksregierung Düsseldorf)

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr

Ende der Sitzung: 12.05 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung:

1. Formalien

2. Genehmigung der Niederschrift über die 28. Sitzung des Regionalrates am 20.09.2007

3. Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf

4. 46. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Städte Neuss und Grevenbroich (Hombroich Raumortlabor)
hier: Aufstellungsbeschluss

5. 49. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP99), Kap. 3.9 Energieversorgung, Ziel 1 Standorte der vorhandenen Anlagen für Neubau, Ausbau und Erweiterung sichern (Kraftwerkstandorte)
hier: Aufstellungsbeschluss

6. Prioritätenreihungen der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2008 für die Um- und Ausbaumaßnahmen an Landesstraßen bis 3,0 Mio. Euro Gesamtkosten (UA IIa) und der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2008 für die Radwegebaumaßnahmen an bestehenden Landesstraßen (UA IIr)
hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

7. Regionales Votum zur Aufnahme von zusätzlichen Vorhaben in das ÖPNV – Landesprogramm 2008 ff. (Infrastruktur)
hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

8. Städtebauförderung
hier: Vorschlag für das Stadterneuerungsprogramm 2008

9. Gefahrenermittlung uns Sanierung von Altlasten
- Förderprogramm 2008

10. Linienbestimmungsverfahren gem. § 37 Straßen- und Wegegesetz (StrWG) NRW für die L 354n zwischen Wanlo und Kaulhausen
(Verlegung der L 354 auf Grund des Braunkohletagebaus Garzweiler II)

TOP 1: Formalien

Vor Eröffnung der Sitzung verabschiedet der Vorsitzende des Regionalrates, Herr Oberbürgermeister Erwin, Herrn Abteilungsdirektor Konze, der nach über 30 Jahren die Bezirksregierung mit Ablauf des Jahres 2007 verlassen wird und in den Ruhestand geht. Er wünscht Ihm alles Gute für seine Zukunft.

Der Vorsitzende, Herr Oberbürgermeister Erwin (CDU), eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Tagesordnung, sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2: Genehmigung der Niederschrift über die 28. Sitzung des Regionalrates am 20.09.2007

Der Regionalrat genehmigt die Niederschrift einstimmig.

TOP 3: Information über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf

Herr Regierungspräsident Büssow berichtet über die aktuellen Entwicklungen im Regierungsbezirk Düsseldorf. Diese Rede ist dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

TOP 4: 46. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Städte Neuss und Grevenbroich (Hombroich Raumortlabor)
hier: Aufstellungsbeschluss

Herr Sagner (CDU) informiert den Regionalrat über die Ausschussberatungen.

Herr Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) erläutert den als Tischvorlage vorliegenden ergänzenden Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis vom 03.12.2007 und bittet um Zustimmung zu diesem ergänzenden Beschlussvorschlag. Er erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen dem Beschlussvorschlag zustimmen werde.

Herr Papen (CDU) sagt, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er schlägt vor, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen auf Ergänzung des Beschlussvorschlages als gemeinsamer Wunsch von allen Fraktionen mitgetragen werden solle.
Herr Laakmann (FDP) erklärt für die FDP-Fraktion, dass sie sowohl dem Beschlussvorschlag, sowie dem Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zustimmen werde.

Herr Welp (SPD) erklärt ebenfalls im Namen der SPD-Fraktion die Zustimmung zum Beschlussvorschlag, sowie zur Ergänzung der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen.

Der Regionalrat beschließt einstimmig folgenden um Punkt 4. ergänzten Beschluss:

1. Der Regionalrat beschließt gemäß § 20 Abs. 5 Landesplanungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen (LPlG) die Aufstellung der 46. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Städte Neuss und Grevenbroich (Hombroich Raumortlabor) in der Fassung dieser Vorlage.

2. Die nicht ausgeräumten Anregungen und Bedenken werden zurückgewiesen. Der Regionalrat geht davon aus, dass die Träger der nachfolgenden Bauleitplanverfahren die Belange der Eigentümer und Pächter der betroffenen landwirtschaftlichen Betriebe / Flächen berücksichtigen und die Planung sozialverträglich umsetzen.

3. Der Regionalrat beauftragt die Verwaltung, den Planentwurf der Landesplanungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

4. Der Regionalrat beauftragt die Bezirksregierung, ihn aufgrund des experimentellen Charakters und der landesweiten Bedeutung des Vorhabens regelmäßig, zumindest aber im Abstand von 2 Jahren, über die Entwicklung des Projektes Raumortlabor (46. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP99) im Gebiet der Städte Neuss und Grevenbroich (Hombroich Raumortlabor)), zu unterrichten.

TOP 5: **49. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP99), Kap. 3.9 Energieversorgung, Ziel 1 Standorte der vorhandenen Anlagen für Neubau, Ausbau und Erweiterung sichern (Kraftwerkstandorte)**
hier: Aufstellungsbeschluss

Herr Witzke (SPD) berichtet über die Beratung im Ausschuss.

Herr Krause (Bündnis 90/ Die Grünen) erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen der Auffassung ist, dass diese Vorlage eine verpasste Chance auf eine Weiterentwicklung der Nutzung von regenerativen Energien im Regierungsbezirk Düsseldorf sei. Herr Krause ist der Meinung, dass durch dieses GEP-Änderungsverfahren die letzen überregionalen Steuerungsmöglichkeiten in Bezug auf konventionelle Kraftwerke aufgegeben werden und auch über des Immissionsschutzrecht keine Steuerung des Bedarfs möglich sei. Die Planung sei mit den landesplanerischen Vorgaben nicht vereinbar. Er sagt, dass es in Hinblick auf den Klimaschutz das Ziel sein muss, erneuerbare Energien zu fördern. Herr Krause ist der Meinung, dass die Bezirksregierung diese Vorlage zurückziehen müsste, weil sich die Stadt Krefeld gegen die Planung von Trianel ausgesprochen habe. Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 03.12.2007 greife die Bedenken der Fraktion auf und er bittet den Regionalrat um dessen Zustimmung zu diesem Antrag.

Herr Laakmann (FDP) erklärt, dass die FDP-Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Die Planung diene auch der Modernisierung und dem Ersatz von Altanlagen durch moderne Kraftwerke.

Frau Sartingen (SPD) sagt, dass sie nicht dazu bereit ist, die gesamte Debatte des Planungsausschuss noch einmal im Regionalrat zu verfolgen. Sie erklärt für die SPD-Fraktion, man müsse regional denken. Erforderlich sie eine bedarfsgerechte Energienutzung und nicht eine Planung an vorgegebenen Standort wie Alpen oder Vahnum. Die Fraktion werde dem geänderten Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen nicht zustimmen.

Herr Papen (CDU) wünscht auch, dass die Debatten zu den einzelnen Tagesordnungspunkten in den Fachausschüssen geführt werden. Auch hält die CDU-Fraktion den geänderten Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen für entbehrlich und bittet um Zustimmung zum Beschlussvorschlag. Die Diskussion in Krefeld zeige, dass mit den neuen Möglichkeiten nicht leichtfertig umgegangen werde. Es sei wichtig, dass die Spielräume für wirtschaftliche Entwicklungen genutzt werden könnten.

Frau Leiße (Bündnis 90/ Die Grünen) verweißt darauf, dass Kraftwerke flächenintensiv seien, aber nur wenige Arbeitsplätze schaffen würden. Zudem seinen die Kommunen angehalten, ihre Bauleitplanungen in Gewerbegebieten zu überprüfen und ggf. zu ändern. Sie beantragt für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen eine namentliche Abstimmung.

Herr Jessner (SPD) möchte, dass der Regionalrat mit der Regionalplanänderung alles dafür tut, dass die Gewinnung von Energie aus fossilen Trägern möglichst energieeffizient und umweltschonend an Standorten erfolgen kann, wo Kraft-Wärme-Kopplung möglich sei.

Herr Hengst (SPD) verweist darauf, dass in Krefeld ein Kraftwerk mit einem Wirkungsgrad von 57/58 %, ggf. noch höher gebaut werden könnte, gegenüber einem herkömmlichen Wirkungsgrad von 46%. Die Regionalplanänderung eröffne auch anderen als den großen Energieversorgern Chancen.

Frau Sickelmann (Bündnis 90/ Die Grünen) bezweifelt, dass es zur Abschaltung alter Kraftwerke kommt.

Der Regionalrat lehnt den als Tischvorlage vorgelegten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 03.12.2007 mehrheitlich bei sechs Gegenstimmen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen sowie einer Gegenstimme der Linkspartei ab.

Der Regionalrat beschließt mehrheitlich in einer von der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragten namentlichen Abstimmung bei 39 Ja – und 9 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Der Regionalrat beschließt gemäß § 20 Abs. 5 Landesplanungsgesetz (LPlG) des Landes Nordrhein-Westfalen vom 3. Mai 2005 (GV.NRW.2005, S. 430 ff.) die Aufstellung der 49. Änderung des Regionalplans (GEP 99) für den Regierungsbezirk Düsseldorf in der Fassung dieser Vorlage.

1. Der Regionalrat weist die nicht ausgeräumten Bedenken zurück
2. Der Regionalrat beauftragt die Verwaltung, den Planentwurf der Landesplanungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

Namentliche Abstimmung zu TOP 5 - 49. Änderung des Regionalplanes für den Regierungsbezirk Düsseldorf
RR-Sitzung am 06.12.2007 - Abstimmungsergebnis

Lfd.Nr.	Name, Vorname	Fraktion	Abstimmungsergebnis		
			Ja	Nein	Enthaltung
1	Altehage, Manfred	SPD	X		
2	Arndt, Ingeborg	B.90/Die Grünen		X	
3	Bickenbach, Sigurd	CDU	X		
4	Brandts, Reiner	CDU	X		
5	Czerwinski, Norbert	B.90/Die Grünen		X	
6	Dinkelmann, Peter	SPD	X		
7	Dorten, Horst	FDP	X		
8	Enzweiler, Rainer	CDU			**Abwesend**
9	Erwin, Joachim	CDU	X		
10	Fils, Dr. Alexander	CDU	X		
11	Grüll, Lothar	SPD	X		
12	Hausmann, Wolf D.	FDP	X		
13	Heimanns, Heinz-Ferdi	CDU	X		
14	Hengst, Jürgen	SPD	X		
15	Henke, Jürgen	FDP	X		
16	Hildemann, Michael	SPD	X		
17	Hübner, Herbert	SPD			**Abwesend**
18	Humpert, Karl Heinz	CDU	X		
19	Jessner, Udo	SPD	X		
20	Kamps, Heinz-Peter	CDU	X		
21	Kathstede, Gregor	CDU			**Abwesend**
22	Kerscht, Christoph	B.90/Die Grünen		X	
23	Kipphardt, Guntmar	CDU	X		
24	Kleinert, Nicole	CDU	X		
25	Krause, Manfred	B.90/Die Grünen		X	
26	Laakmann, Otto	FDP	X		
27	Leiße, Claudia	B.90/Die Grünen		X	
28	Lensdorf, Benno	CDU			**Abwesend**
29	Marschan, Reiner	SPD	X		
30	Meies, Fritz	CDU	X		
31	Müller, Michael	CDU	X		
32	Osenger, Manfred	SPD		X	
33	Papen, Hans-Hugo	CDU	X		
34	Patt, Dieter	CDU	X		
35	Patz, Elke	SPD		X	
36	Pickert-Goldenbogen, Bernhardt	PDS		X	
37	Piechula, Monika	SPD	X		
38	Reese, Klaus Jürgen	SPD	X		
39	Sagner, Ralf-Hasso	CDU	X		
40	Sartingen, Gunhild	SPD	X		
41	Schepers, Hermann-Josef	CDU	X		
42	Schick, Norbert (Essen)	CDU	X		
43	Schmitz, Dr. Hans-Georg	CDU			**Abwesend**
44	Scholten, Ulrich	SPD	X		
45	Schumacher, Heinrich	CDU	X		
46	Selders, Hannes	CDU	X		
47	Sickelmann, Ute	B.90/Die Grünen		X	
48	Thum, Regine	SPD	X		
49	Vielhaus, Ewald	CDU	X		
50	Wagner, Hans-Joachim	CDU	X		
51	Welp, Axel C.	SPD	X		
52	Witzke, Hans-Jochem	SPD	X		
53	Zingler, Birgit	SPD	X		
			39	**9**	

TOP 6: **Prioritätenreihungen der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2008 für die Um- und Ausbaumaßnahmen an Landesstraßen bis 3,0 Mio. Euro Gesamtkosten (UA IIa) und der Maßnahmen des Landesstraßenbauprogramms 2008 für die Radwegebaumaßnahmen an bestehenden Landesstraßen (UA IIr)**
hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Herr Brandts (CDU) unterrichtet den Regionalrat über die Ausschussberatungen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat beschließt einstimmig folgenden Beschluss:

Der Regionalrat beschließt die Priorisierung der Um- und Ausbaumaßnahmen an Landesstraßen bis 3,0 Mio. EUR Gesamtkosten (Anlage 1) und der Radwegebaumaßnahmen an bestehenden Landesstraßen (Anlage 2) für das Jahr 2008.

TOP 7: **Regionales Votum zur Aufnahme von zusätzlichen Vorhaben in das ÖPNV – Landesprogramm 2008 ff. (Infrastruktur)**
hier: Berichterstattung und Beschlussfassung

Herr Hildemann (SPD) informiert den Regionalrat über die Beratungen im Ausschuss.

Frau Patz (SPD) sagt, dass sie den Beschluss im Verkehrsausschuss bedauert. Sie appelliert an den Regionalrat folgenden von ihr vorgetragenen Kompromissvorschlag mit zu tragen:

„Der Regionalrat nimmt den Antrag der Stadt Duisburg vom 08.11.2007 positiv zur Kenntnis und empfiehlt eine Aufnahme in das ÖPNV-Landesprogramm, sofern die behindertengerechte Ausgestaltung des gesamten DB-Haltepunktes Duisburg-Rheinhausen zumindest vertraglich zwischen der DB AG und der Stadt Duisburg vereinbart ist und ein entsprechender Finanzierungsantrag vorliegt."

Herr Hausmann (FDP) erklärt für die FDP-Fraktion, dass sie eine behindertengerechte Umgestaltung des Bahnhofes Duisburg-Rheinhausen ebenfalls befürworten. Jedoch gebe es für Förderung solcher Maßnahmen aus dem o.g. Programm Kriterien, die von der Stadt Duisburg eingehalten werden müssen.

Frau Leiße (Bündnis 90/ Die Grünen) bittet den Regionalrat um die Zustimmung für den von Frau Patz (SPD) gemachten Kompromissvorschlag.

Herr Abteilungsdirektor Konze sagt, dass es keine Vereinbarung zwischen der DB AG und der Stadt Duisburg gibt. Auch liege kein Antrag der Stadt Duisburg vor der ggf. zu bescheiden wäre. Er sagt, dass sicherlich jeder daran interessiert ist immer und überall behinderten Menschen zu helfen. Unter dem Aspekt bittet er die Stadt Duisburg die Voraussetzungen hierfür zu schaffen.

Herr Wagner (CDU) macht darauf aufmerksam, dass der Regionalrat ab dem 01.01.2008 die Zuständigkeit für dieses Förderprogramm verliert. Er schlägt jedoch vor dem VRR eine Empfehlung zu geben so zu verfahren wie es im Regionalrat allgemein gewünscht wird.

Der Regionalrat beschließt einstimmig folgenden ergänzten Beschluss:

Der Regionalrat stimmt der Aufnahme der Projekte in das ÖPNV Landesprogramm (Infrastruktur) zu. Als Ergänzung wird dem VRR empfohlen, die Maßnahme „Fußgängertunnel mit Rampe und Treppe am Bahnhof Duisburg-Rheinhausen“ in das Programm aufzunehmen.

TOP 8: Städtebauförderung
hier: Vorschlag für das Stadterneuerungsprogramm 2008

Frau Kleinert (CDU) unterrichtet den Regionalrat über die Ausschussberatungen.

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

Der Regionalrat beschließt einstimmig den im Planungsausschuss geänderten Beschluss:

Der Regionalrat stimmt dem Vorschlag für das Stadterneuerungsprogramm 2008 mit der Maßgabe zu, dass die Fördermaßnahme Essen / Kino im Glückaufhaus (Vorlage: Anlage 2, Seite 2) in der Förderpriorität von B auf A gesetzt wird.

TOP 9: Gefahrenermittlung uns Sanierung von Altlasten
- Förderprogramm 2008

Herr Humpert (CDU) informiert den Regionalrat über die Beratungen im Ausschuss.

Zu diesem Tagesordnungspunkt melden sich Frau Sickelmann (Bündnis 90/ Die Grünen) und Herr Willershausen (Verwaltung) zu Wort.

Der Regionalrat beschließt einstimmig folgenden Beschluss:

Der Regionalrat stimmt den Dringlichkeitslisten 2008 „Gefahrenermittlung und Sanierung von Altlasten“ und „Gefährdungsabschätzungen im Zusammenhang mit kommunalen Planungen“ zu.

TOP 10: Linienbestimmungsverfahren gem. § 37 Straßen- und Wegegesetz (StrWG) NRW für die L 354n zwischen Wanlo und Kaulhausen
(Verlegung der L 354 auf Grund des Braunkohletagebaus Garzweiler II)

Frau Leiße (Bündnis 90/ Die Grünen) unterrichtet den Regionalrat über die Ausschussberatungen. Sie erläutert, warum die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen sich bei der Abstimmung enthalten werde.

Der Regionalrat beschließt einstimmig bei sechs Enthaltungen der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen folgenden Beschluss:

Der Regionalrat stimmt im Rahmen seiner Beteiligung nach § 37 Abs. 3 StrWG NRW dem im Regierungsbezirk Düsseldorf liegenden Abschnitt der Variante 1 (Anlage 4) im Linienbestimmungsverfahren für den Neubau der L 354nzwischen Wanlo und Kaulhausen zu.

TOP 11: Datenmosaik Nr. 23
"Das große Nullsummenspiel – Altersspezifische Wanderungen im Regierungsbezirk Düsseldorf“

Wegen eines anderweitigen Termins übergibt Herr Oberbürgermeister Erwin die Leitung der Sitzung an den stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Altehage (SPD).

Herr Witzke informiert den Regionalrat über den Vortrag im Planungsausschuss. Auf Wunsch des Planungsausschusses wird Herr Brüning den Vortrag in geraffter Form nochmals vor dem Regionalrat halten.

Herr Brünig (Verwaltung) informiert den Regionalrat über das o.g. Datenmosaik. Die von Herrn Brünig gezeigten Folien sind dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

Im Anschluss an den Vortrag ergreift Herr Regierungspräsident Büssow das Wort. Er sagt, dass Herr Brünig die Bezirksregierung Düsseldorf mit Ablauf des Jahres 2007 verlassen wird. Er verabschiedet ihn und wünsch ihm für seine Zukunft alles Gute.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Altehage (SPD), dankt im Namen des Regionalrates Herrn Brünig und wünscht ihm ebenfalls alles Gute für seine Zukunft.

Der stellvertretende Vorsitzende beendet die Sitzung um 12.05 Uhr.

gez. Erwin (Vorsitzender des Regionalrates)	gez. Altehage (Stellv.Vorsitzender des Regionalrates)	gez. Schnell (Schriftführer)

Der Regionalrat des Regierungsbezirks Düsseldorf

- Anwesenheitsliste -

Regionalratssitzung am 06.12.2007

1. <u>Stimmberechtigte Mitglieder</u>

CDU-Fraktion

Name	anwesend
Brandts, Reiner	✓
Enzweiler, Rainer	
Erwin, Joachim	✓
Dr. Fils, Alexander	✓
Heimanns, Heinz-Ferdi	✓
Humpert, Karl-Heinz	✓
Kamps, Heinz-Peter	✓
Kathstede, Gregor	
Kipphardt, Guntmar	✓
Kleinert, Nicole	✓
Lensdorf, Benno	
Meies, Fritz	✓
Müller, Michael	✓
Papen, Hugo	✓
Patt, Dieter	✓
Sagner, Ralf-Hasso	✓
Schepers, Hermann-Josef	✓
Schick, Norbert	✓
Dr. Schmitz, Hans-Georg	
Schumacher, Heinrich	✓
Selders, Hannes	✓
Vielhaus, Ewald	✓
Wagner, Hans-Joachim	✓

SPD-Fraktion

Name	anwesend
Altehage, Manfred	✓
Dinkelmann, Peter	✓
Grüll, Lothar	✓
Hengst, Jürgen	✓
Hildemann, Michael	✓
Hübner, Herbert	
Jessner, Udo	✓
Marschan, Rainer	✓
Osenger, Manfred	✓
Patz, Elke	✓
Piechula, Monika	✓
Reese, Klaus-Jürgen	✓
Sartingen, Gunhild	✓
Scholten, Ulrich	✓
Thum, Regine	✓
Welp, Axel C.	✓
Witzke, Hans-Jochem	✓
Zingler, Birgit	✓

FDP

Name	anwesend
Bickenbach, Sigurd	✓
Dorten, Horst	✓
Hausmann, Wolf D.	✓
Henke, Jürgen	✓
Laakmann, Otto	✓

Bündnis 90/Die Grünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	✓
Czerwinski, Norbert	✓
Kerscht, Christoph	✓
Krause, Manfred	✓
Leiße, Claudia	✓
Sickelmann, Ute	✓

✓

Linkspartei

Name	anwesend
Pickert-Goldenbogen, Bernhardt	✓

2. Beratende Mitglieder

Name		**anwesend**
Paßmann, Bernd	Landschaftsverband Rheinland	
Bovenkerk, Udo	Regionalverband Ruhr	✓
Bruckmann, Kasper	Arbeitgebervertretung	
Dr. Siepmann, Udo	Arbeitgebervertretung	
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	✓
Holle, Marianne	Arbeitnehmervertretung	✓
Reuter, Klaus	Arbeitnehmervertretung	✓
Wellssow, Hartmut	Arbeitnehmervertretung	✓
Freer, Doris	Kommunale Gleichstellungsstellen	✓
Gerkens, Bert	Sportverbände	✓
Prof. Dr. Gerß, Wolfgang	Naturschutzverbände	✓
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Duisburg	OB/Vertr.	✓
Essen	OB/Vertr.	✓
Krefeld	OB/Vertr.	✓
Mönchengladbach	OB/Vertr.	✓
Mülheim an der Ruhr	OB/Vertr.	✓
Oberhausen	OB/Vertr.	✓
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	✓
Wuppertal	OB/Vertr.	✓
Kleve	Landrat/Vertr.	✓
Mettmann	Landrat/Vertr.	✓
Neuss	Landrat/Vertr.	✓
Viersen	Landrat/Vertr.	✓
Wesel	Landrat/Vertr.	✓

Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:

Herr Regierungspräsident Büssow	
Herr Regierungsvizepräsident Riesenbeck	
Frau Abteilungsdirektorin Dr. Bartels	Abteilung 2
Herr Abteilungsdirektor Lueb	Abteilung 3
Herr Abteilungsdirektor Konze	Abteilung 6
Frau Regierungsdirektorin Schmittmann	Dezernat 62
Herr Regierungsdirektor Goetzens	Dezernat 61
Frau Regierungsinspektorin Sablofski	Dezernat 61
Herr Regierungsoberinspektor Schnell	Dezernat 61

Anlage 1

Rede

des Herrn Regierungspräsidenten

Jürgen Büssow

anlässlich

der Regionalratssitzung

am 06.12.2007

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Vorsitzender,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

erlauben Sie mir, dass ich mich heute bei meiner Information über wichtige Entwicklungen im Bezirk auf einen einzigen Aspekt beschränke: auf die zukünftigen Aufgaben und die Struktur der Bezirksregierung selbst.

I. Umweltverwaltung

Dabei möchte ich zunächst kurz auf die Neuordnung der nordrhein-westfälischen Umweltverwaltung eingehen.

Wie Sie wissen, war am 1. Januar 2007 das (erste) Gesetz zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen in Kraft getreten. Mit diesem Gesetz wurden zahlreiche Sonderbehör-

den und Einrichtungen aufgelöst; ihre Aufgaben wurden auf andere Behörden – im Wesentlichen auf die Bezirksregierungen – übertragen.

Die Bezirksregierung Düsseldorf hat hierbei die kompletten Aufgaben der ehemaligen Staatlichen Umweltämter in Düsseldorf, Duisburg und Krefeld sowie Teilaufgaben des Landesumweltamtes übernommen. Diese Aufgaben werden heute in unseren Dezernaten 52, 53, 54 und 56 wahrgenommen.

Am 1. Januar 2008 wird das Gesetz zur Kommunalisierung von Aufgaben des Umweltrechts in Kraft treten.

Mit diesem Gesetz werden die Zuständigkeiten zwischen kommunalen und staatlichen Behörden neu geordnet. Ab diesem Zeitpunkt werden dann für alle Aufgaben des Umweltrechts zunächst einmal grundsätzlich die Kreise und kreisfreien Städte zuständig sein.

Eine staatliche Zuständigkeit ist künftig nur noch in den Fällen gegeben, die der Gesetzgeber mit der 4. Bundesimmissionsschutzverordnung ausdrücklich vorsieht. Hierbei handelt es sich insbesondere um die Fälle, die von besonderer technischer Komplexität, Gefährlichkeit oder überörtlicher Bedeutung geprägt sind:

Die großen Industrieanlagen von Bayer, von ThyssenKrupp, der STEAG oder RWE beispielsweise bleiben in der Zuständigkeit der Bezirksregierungen. Die Genehmigung von Windkraftanlagen, landwirtschaftlicher Anlagen [große Tierhaltungen] oder zum Beispiel die Lagerflächen für staubende Güter [Hafen Duisburg] dagegen werden künftig von den Kreisen oder kreisfreien Städten bearbeitet.

Mit diesem Gesetz wird zugleich das sogenannte Zaunprinzip realisiert. Künftig wird für die umweltrechtlichen Belange aller Anlagen, die in einem räumlichen oder betriebstechnischen Zusammenhang stehen, nur noch jeweils eine Behörde verantwortlich sein. [mit der Folge, dass Mercedes als Automobilproduzent in Düsseldorf eigentlich durch die Stadt bearbeitet würde, aufgrund einer auf dem Betriebsgelände sich befindlichen Energieerzeugungsanlage in Gänze durch uns betreut wird.]

Nach der Regel „Das Personal folgt der Aufgabe“ werden zum 1. Januar 2008 insgesamt **71 Beschäftigte** die Bezirksregierung Düsseldorf verlassen.

Die Beamtinnen und Beamte werden hierbei kraft Gesetzes unmittelbar zu den kreisfreien Städten und Kreisen übergeleitet, die übrigen Beschäftigten werden an das Umweltministerium versetzt und den kreisfreien Städten und Kreisen im Wege der

Personalgestellung zur Aufgabenwahrnehmung zur Verfügung gestellt.

II. Versorgungsverwaltung

Ein weiterer Schwerpunkt der Verwaltungsstrukturreform wird die Kommunalisierung der Versorgungsverwaltung zum 1. Januar 2008 sein.

Die (großen) Aufgabenbereiche des Schwerbehindertenrechts und des am 1. Januar 2007 in Kraft getretenen Elterngeld- und Elternzeitgesetzes werden mit Wirkung vom 1. Januar 2008 auf die Kreise und kreisfreien Städte übertragen.

Die (kleineren) Aufgabenbereiche der Kriegsopferversorgung und des Sozialen Entschädigungsrechts werden auf die Landschaftsverbände übertragen. Gleichzeitig werden die bislang bei den Kreisen und kreisfreien Städten angesiedelten Aufgaben der Kriegsopferfürsorge mit den Aufgaben der Kriegsopferversorgung bei den Landschaftsverbänden gebündelt.

Den Bezirksregierungen werden die Aufgabenbereiche der arbeitsmarktpolitischen Förderprogramme übertragen. Die Bezirksregierung Düsseldorf wird darüber hinaus – mit landesweiter Zuständigkeit – die Aufgabenbereiche der sozialpolitischen Förderprogramme übernehmen.

Für diese beiden Aufgabenbereiche werden rund 50 Personen von den Versorgungsämtern in Duisburg, Düsseldorf und Essen auf unser Haus übergeleitet.

III. PEM-Anreizsysteme

„Verwaltungsstrukturreform“ und „Personalabbau“ – dies sind zwei Begriffe, die untrennbar miteinander verbunden sind.

Mit dem Gesetz über das Personaleinsatzmanagement Nordrhein-Westfalen und die Einrichtung eines entsprechenden Landesamtes wurde ein landesweiter interner Arbeitsmarkt geschaffen.

Um Personalausgaben durch einen beschleunigten Abbau von kw-Vermerken senken zu können, hatte die Landesregierung das Finanzministerium im Dezember 2006 beauftragt, Konzepte zu fluktuationsbeschleunigenden Maßnahmen zu erarbeiten.

Das Kabinett hat am 13. März 2007 diverse Anreizsysteme beschlossen, die durch Verknüpfung mit dem Personaleinsatzmanagement zum beschleunigten Abbau der kw-Vermerke beitragen werden.

Diese Anreizsysteme sind bei den Beschäftigten meines Hauses auf sehr großes Interesse gestoßen. Insgesamt haben 160 Beschäftigte meines Hauses ein Anreizsystem gewählt, wobei rund die Hälfte der Anträge auf die Altersteilzeitmodelle entfallen.

Die übrigen Anträge entfallen auf Anreissysteme, die kurzfristig wirksam werden. Ich gehe derzeit davon aus, dass rund 75 Beschäftigte der Bezirksregierung Düsseldorf von diesen Anreizsystemen Gebrauch machen und zwischen Dezember 2007 und März 2008 vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze in den Ruhestand gehen oder unter Inanspruchnahme einer Abfindungsprämie aus dem Landesdienst ausscheiden werden.

IV. Strukturkonzepte

Im April 2006 habe ich nach einer Vielzahl von Gesprächen mit allen Dezernaten des Hauses Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rüttgers ein Konzept zur Organisation der staatlichen Mittelinstanz am Beispiel der Bezirksregierung Düsseldorf vorgelegt. Dieses Konzept sah eine Reduzierung der Aufgabenbestände und damit der Stellen um bis zu 31,8 % vor – bei weitestgehender Realisierung der Vorschläge.

Diesem Konzept haben sich in groben Zügen die anderen 4 Regierungspräsidenten angeschlossen, so dass ich mich mit meiner Kollegin und meinen Kollegen zum Mai 2007 mit einem gemeinsamen Strukturkonzept an die Staatssekretäre im Innenministerium gewandt und unseren Vorschlag für die künftige Organisationsstruktur der Bezirksregierungen unterbreitet.

Das Innenministerium hat uns kurz darauf bestätigt, dass unser Vorschlag eine ganz wesentliche Grundlage der Beratungen mit den betroffenen Ressorts über die Neuorganisation der Bezirksregierungen sein wird.

In der letzten Woche – am 27. November 2007 – hat das Kabinett nunmehr endgültig über die künftige Struktur der Bezirksregierungen entschieden.

Wesentliches Merkmal der Neuorganisation der Bezirksregierungen ist die Reduzierung auf fünf Abteilungen mit vergleichbarer Größe und Gewicht.

Die beiden Dezernate, die Ihnen bestens vertraut sind, nämlich die Dezernate 61 und 62, verschmelzen zu einem Dezernat mit der Bezeichnung „Regionalentwicklung“. Dieses neue Dezernat 32 wird künftig in der Abteilung 3 angesiedelt sein.

Im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Bezirksregierungen hat die Landesregierung auch über deren künftigen Standorte entschieden.

Der Beschluss des Kabinetts sieht vor, dass die Bezirksregierung Düsseldorf ihre Standorte in Düsseldorf, Essen und Mönchengladbach bis zur endgültigen Entscheidung über die Struktur der Mittelinstanz beibehalten wird.

Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass wir unsere Standorte in Duisburg, Krefeld und Wuppertal in absehbarer Zeit aufgeben werden müssen.

Erst am 18. Dezember 2007 wird das Kabinett über die Neuausrichtung der technischen Dienste der Umweltverwaltung entscheiden.

Die bisher neun Labor- und dreizehn Hydrologie-Standorte bei den fünf Bezirksregierungen und dem Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz – dem sogenannten LANUV – sollen künftig an fünf Standorten des LANUV konzentriert werden.

Hierdurch soll eine auf technische Dienstleistungen spezialisierte Organisationseinheit entstehen, die den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in der Umweltverwaltung und strategischen Planung gewachsen ist und diese Aufgaben sachgerecht, qualitätsgesichert und zeitnah erledigen kann.

Bei der Bezirksregierung Düsseldorf sind knapp 50 Beschäftigte in den sogenannten technischen Diensten tätig und von der beabsichtigten Neuausrichtung unmittelbar betroffen.

V. Sonstige Änderungen

Daneben stehen uns noch Aufgabenzuwächse durch die Übernahme der Aufgaben des sogenannten Landesprüfungsamtes für Medizin, Psychotherapie und Pharmazie von der Bezirksregierung Münster bevor.

Weiter werden wir sämtliche hoheitliche Aufgaben sowie die Zuständigkeit für den Strahlenschutz von der Landesanstalt für Arbeitsschutz [hoheitliche Aufgaben: u.a. Anerkennung von Gutachtern und Messstellen] sowie Teilaufgaben der oberen Flurbereinigungsbehörde vom Umweltministerium [1 Stelle] übernehmen.

Veränderungen gibt es auch im Bereich der Förderungen des öffentlichen Personennahverkehrs [bislang Dezernat 67].

Hier sehen die neuen Regelungen die Gründung von drei die Landesfläche abdeckende Organisationen durch die Kreise und kreisfreien Städte oder die bestehenden Zweckverbände – in unserer Region der VRR – vor. Diese neuen Organisationen werden Empfänger der neuen Investitionspauschale und bestimmen über deren Verwendung auf kommunaler Ebene. Darüber hinaus werden diese drei Organisationen auch Bewilligungsbehörde für die Förderung von Investitionen im besonderen Landesinteresse.

Insoweit wird auch der Regionalrat an Aufgaben verlieren.

VI. Gesamtschau

Dies war ein kurzer Überblick über die Veränderungen im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform, die uns zum 1. Januar 2008 bevorstehen.

Ich habe mich hierbei bewusst auf die gravierendsten Veränderungen beschränkt.

Von den 1.909 Beschäftigten, die die Bezirksregierung Düsseldorf zum Ende des letzten Jahres hatte, werden zum Januar 2008 / innerhalb eines Jahres 917 Beschäftigte das Haus verlassen haben, durch andere Reformprozesse werden wir jedoch gleichzeitig 921 Beschäftigte wieder hinzubekommen.

Die enormen Veränderungen unseres Aufgabenportfolios und der extreme Personalverlust bedingten eine Neuorganisation der Bezirksregierungen.

Es werden nicht nur die Dezernatsbezeichnungen und -nummerierungen ausgetauscht! Viele Beschäftigte werden sich zum Jahreswechsel auf neuen Arbeitsplätzen mit einem neuen Aufgabenzuschnitt befinden. Die aktuell laufende Reform bringt

den größten Umbruch in der staatlichen Verwaltung mit sich seit dem 2. Weltkrieg.

Sie sehen, die Bezirksregierungen werden sich in absehbarer Zeit deutlich ändern. Allen Veränderungen zum Trotz darf ich Ihnen aber heute versprechen, dass wir weiterhin ein guter und verlässlicher Partner aller Akteure im Regierungsbezirk Düsseldorf bleiben werden.

Anlage 2

Bezirksregierung Düsseldorf

Das Große Nullsummenspiel
Altersspezifische Wanderungen

Regionalrat
am 06.12.2007

Christian Brünig, Raumbeobachtung und Statistik

Bezirksregierung Düsseldorf

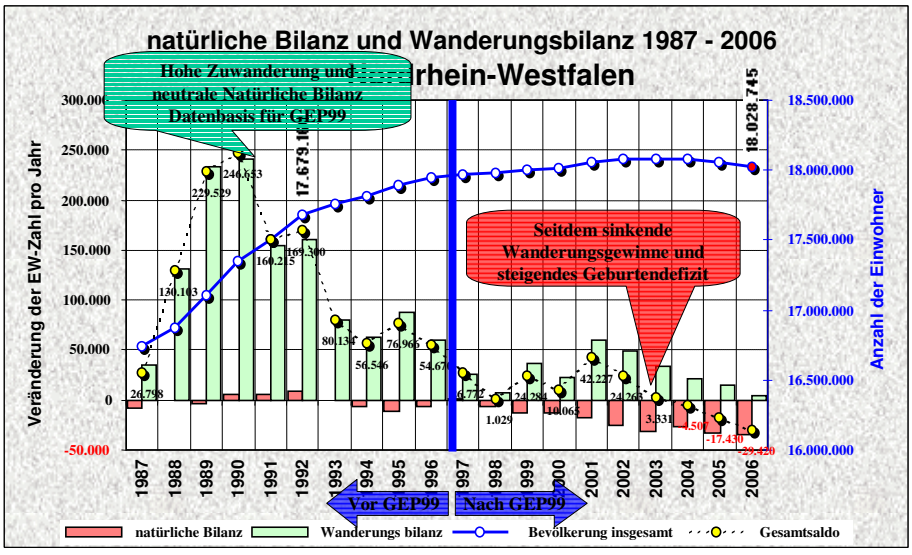
Das große Nullsummenspiel – Es wird ernst!

Sensenmann schlägt Klapperstorch:
Sämtliche Gemeinden mit
Geburtendefizit in 2007

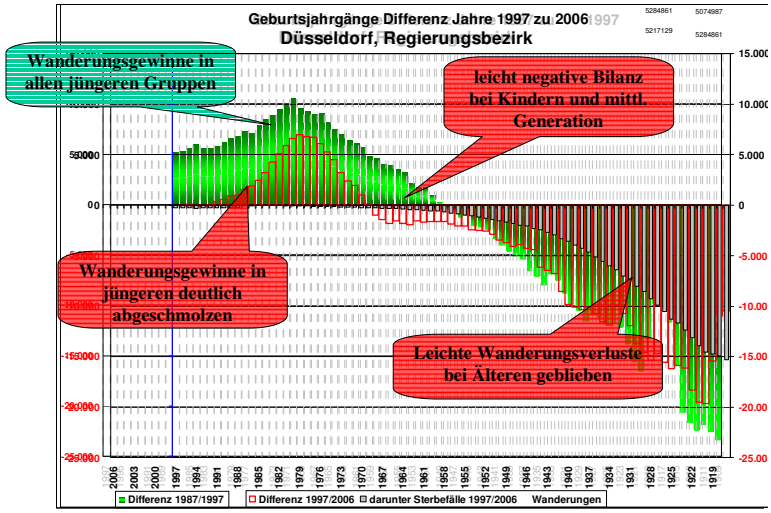
Grund und Anlass der Studie

- Grund: Wachstumsressourcen Geburten und Wanderungen sind versiegt:
  - alle Gemeinden mit Sterbeüberschüssen
  - Überregionaler Wanderungsgewinn geschrumpft
- Anlass: Überprüfung des jetzt gültigen Regionalplans 1999, der auf Daten und Prognosen aus 1996 resultiert,
- Quelle für Bevölkerungswachstum in einer einzelnen Kommune nur noch Wanderungsgewinn aus der Region zu Lasten anderer Kommunen
- => Versuch, Wanderungen altersspezifisch genauer zu fassen

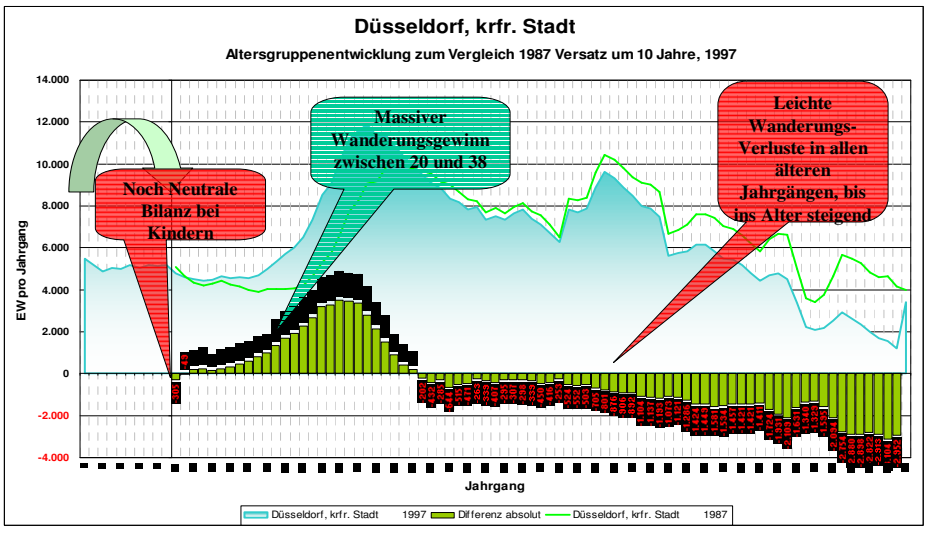
Bezirksregierung Düsseldorf
Das große Nullsummenspiel – Altersspezifische Wanderungen



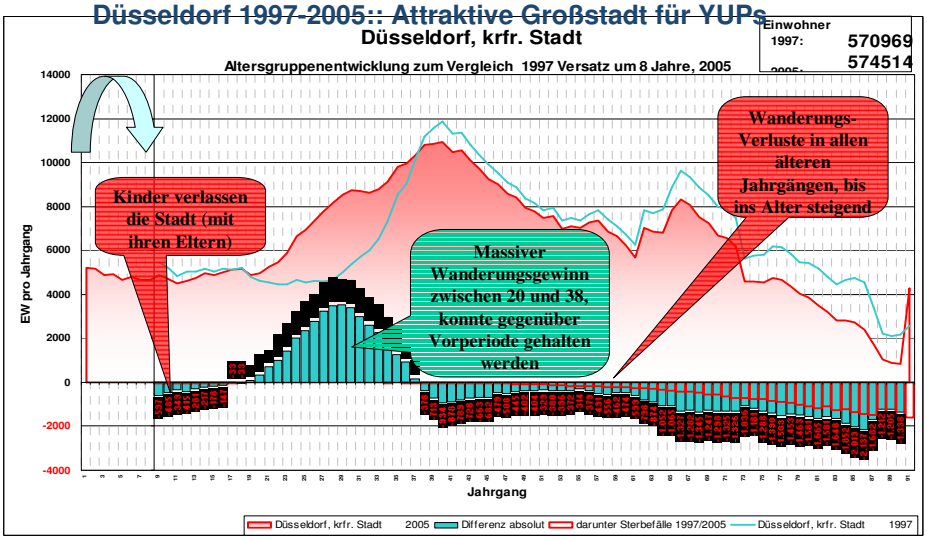
Regierungsbezirk Düsseldorf: 1987-1996/ 1997-2006



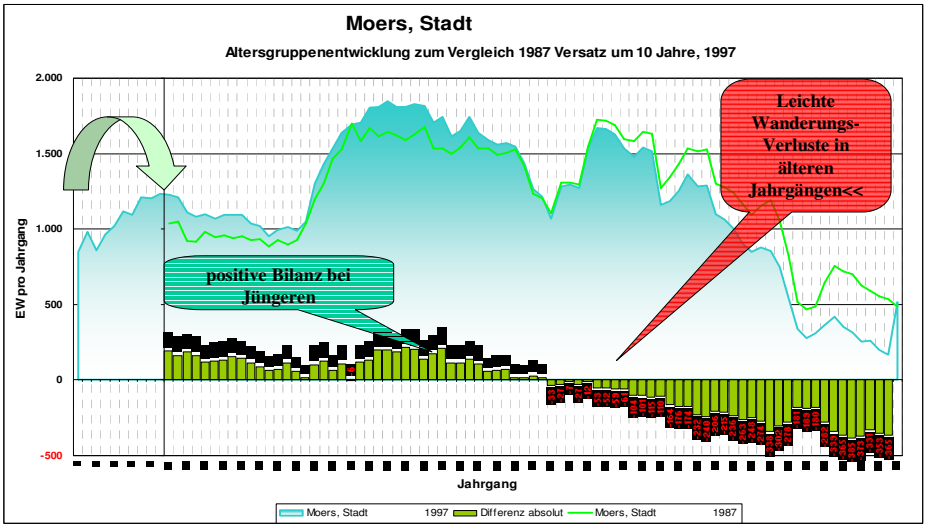
Düsseldorf 1987-1996: Junge kommen, Alte gehen



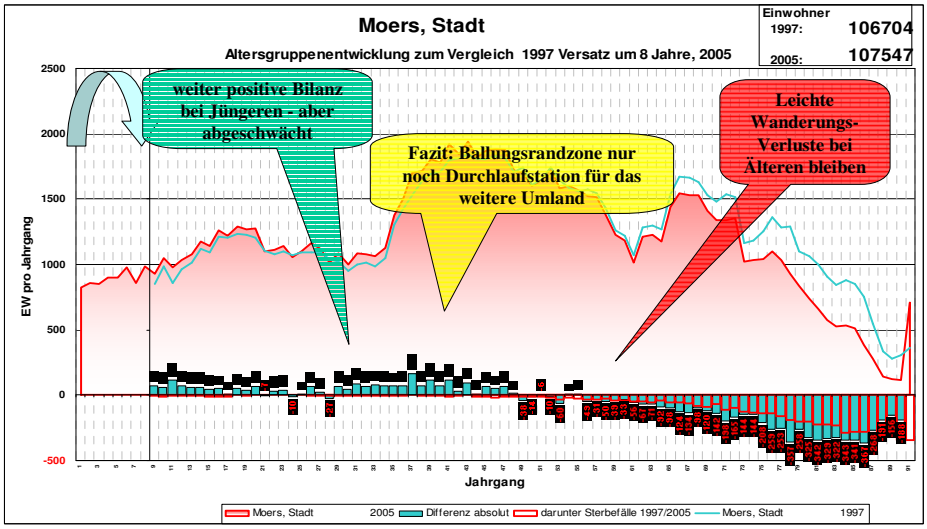
Düsseldorf 1997-2005:: Attraktive Großstadt für YUPs



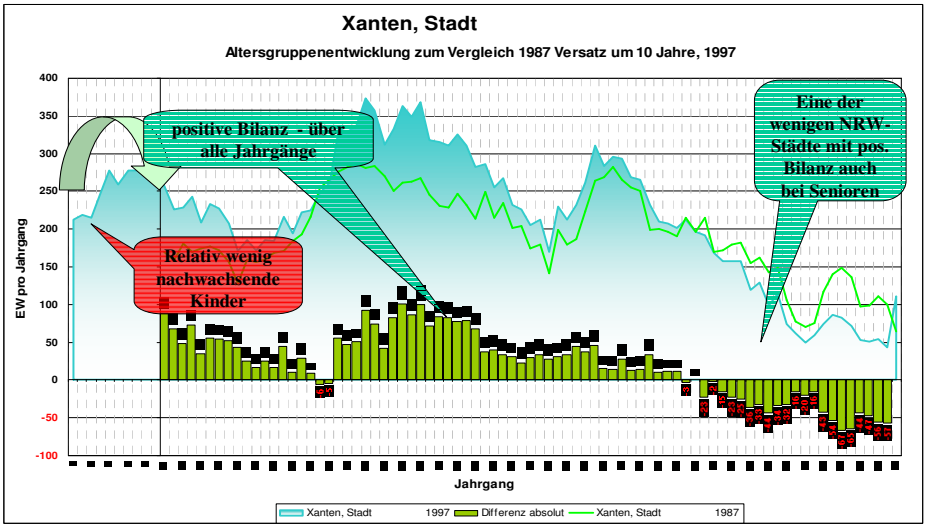
Moers 1987-1996: Attraktive Wohnstand am Ballungsrand..



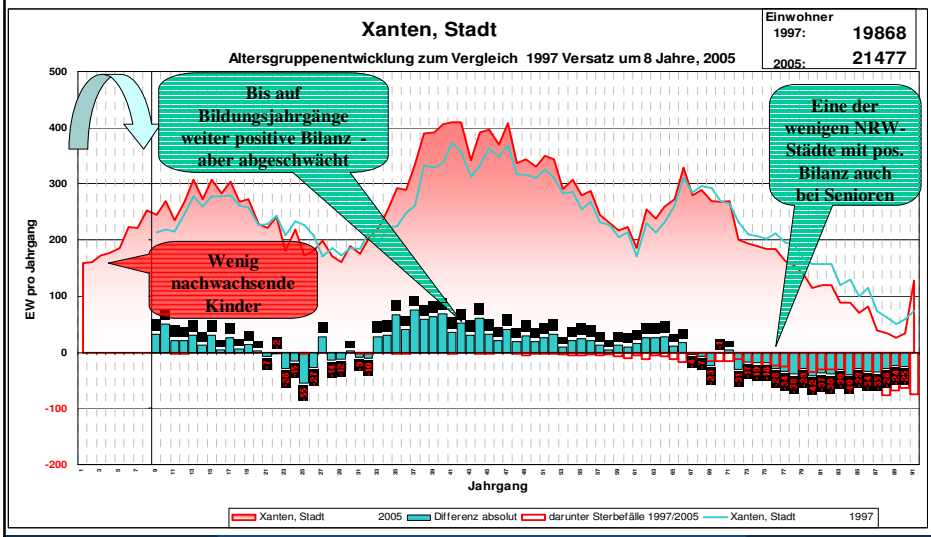
Moers 1997-2005: ..mit nun geringen Wanderungsgewinnen



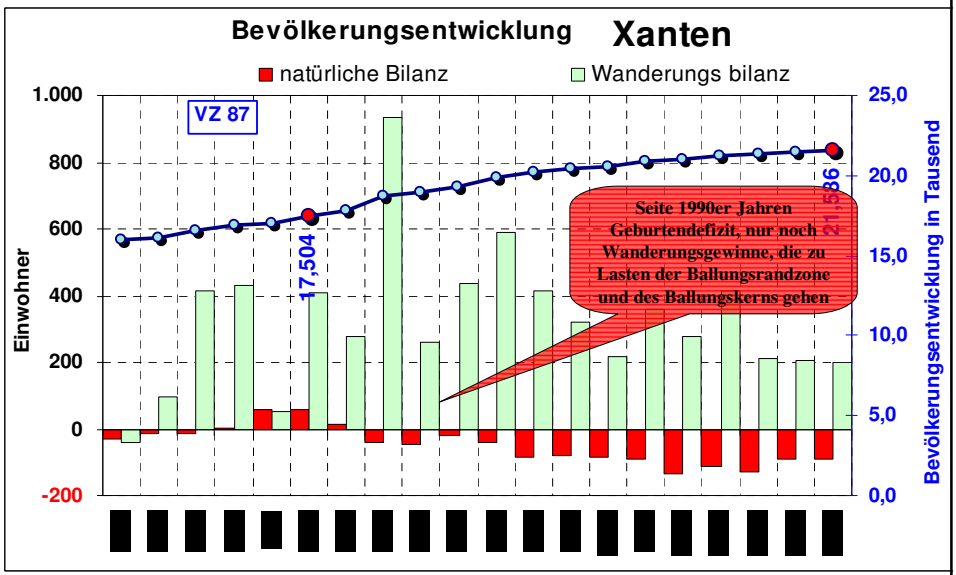
Xanten 1987-1996: Magnet für alle Jahrgänge



Xanten 1997-2005: noch immer Zuwanderung



Bezirksregierung Düsseldorf
Das große Nullsummenspiel – Altersspezifische Wanderungen



Aussagen

- deutliche Strukturunterschiede u. Überraschungen
- Nahezu überall „Seniorenschwund“
  - Dämpft den Alterungsprozess nur marginal
- Wanderung immer weiter ins Umland
- Ballungsrandzone gibt an das weitere Umland ab
- Familienwanderung ist „Wanderung mit Kindern“, weniger „Wanderung, um Kinder zu bekommen“
- Trend „Senioren zurück in die Stadt“ konnte nicht belegt werden.

Folgerungen 1

- Folgen der demografischen Entwicklung verschärft,
  - beschleunigt und vergrößert Unterauslastung der (Bildungs-)Infrastruktur in Kernstädten.
  - temporärer Zusatzbedarf in Zuwanderungs- Gemeinden, später ebenfalls Unterauslastung
- für "Familienwanderung" in Betracht kommende Gruppen schrumpfen weiter.
  - => Angebote für diese Gruppen führen mittelfristig zu Angebotsüberhang.
  - => Neubaubedarf und Preise sinken mittelfristig
  - => Zurückhaltung ist Beitrag zur Stabilisierung dieses Marktsegments

Folgerungen 2

- „Es hat keinen Sinn, ...der Nachbargemeinde Bürger abzuwerben“ (MP Rüttgers)
- oder: bis in die 1990er Jahre konnte wanderungs-bedingtes Wachstum verteilt werden, jetzt besteht die Gefahr der gegenseitigen Kannibalisierung

Ein kleines Zahlenspiel

- Wenn..
  - Die (umstrittene) Idee der EU-Kommission mit 20 Mio. qualifizierten Immigranten bis 2025 umgesetzt würde;
  - Sämtliche Immigranten zwischen 18 und 45 Jahre alt wären;
  - Die Hälfte davon Frauen;
  - Die Verteilung aufgrund der Einwohnerzahl der Gebietseinheiten erfolgt..
- ..Dann
  - erhielte der Regierungsbezirk Düsseldorf 80.000 Frauen in diesem „gebärfähigen Alter“
- Aber: Er verliert in dieser Zeit zugleich knapp 200.000 durch natürliche Entwicklung
- Und könnte demzufolge nur etwa 40% des natürlichen Verlustes kompensieren
- **Fazit: selbst eine deutlich ausgeweitete Immigration könnte die natürliche Entwicklung nicht kompensieren**

Handlungsempfehlungen 1

- Debatte über planungspolitische Konsequenzen erforderlich:
- Region kann nur verlieren (Bevölkerung, zu hohe Kosten, Leerstand etc.)
- Wir brauchen Partnerschaft statt Konkurrenz
- Und Innehalten und nachdenken?!

Handlungsempfehlungen 2

- Region hat richtige Ziele im GEP99
- ABER: verschärfte kommunale Konkurrenz und der großer schon abgestimmte Flächenreserven im FN
- =>können zum Umsetzungsdefizit bei diesen neuen Herausforderungen führen!
  - (vgl. Siedlungsmonitoring *Rhein**blick*** und Debatte im Regionalrat im März 2007) Aufgabe jeder einzelnen Gemeinde:

=> sensible und auf den Eigenbedarf ausgerichtete städtebauliche Weiterentwicklung mit Unterstützung durch die regionale Perspektive

Weitere Infos & Dank

Mehr Informationen:

- Datenmosaik 23 (Download, pdf):
  http://www.bezreg-duesseldorf.nrw.de/BezRegDdorf/autorenbereich/Dezernat_62/PDF/PDF_Statistik/23datenmosaik2007.pdf
- Daten/ Diagramme für alle Gemeinden (Download, pdf):
  http://www.bezreg-duesseldorf.nrw.de/BezRegDdorf/autorenbereich/Dezernat_62/PDF/PDF_Statistik/Diagramme66Gemeinden.pdf
- „Kommunalprofile“ des LDS:
  http://www.lds.nrw.de/kommunalprofil/index.html
- Reichhaltige Infos der Bertelsmann-Stiftung:
  http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-0A000F14-C2BDBFB3/bst/hs.xsl/prj_73032.htm
- umfassende Kommunalprofile durch Dezernat 62, (werden im Frühjahr 2008 aktualisiert „stay tuned“
  http://www.bezreg-duesseldorf.nrw.de/BezRegDdorf/hierarchie/aufgaben/Abteilung_6/Dezernat_62/Statistische_Daten/Zahlen_Daten_Fakten.php
- **Dank an die Mitwirkenden, v.a. Klaus-M.Schlaeger, Gerhard Cramer, Günter Hinsges, Druckerei**